

## **Niederschrift (Öffentlicher Teil)** **Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie**

---

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 03.04.2025  
**Sitzungsbeginn:** 17:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 18:56 Uhr  
**Raum, Ort:** Sitzungssaal des Rates, Rathaus

---

### **Anwesenheitsliste**

#### **Anwesend**

##### Vorsitz

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Hans Leo Deumens	

##### Gremienmitglieder

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Nathalie Koentges	
Peter Tillmanns	
Franca Braun	
Andrea Derichs	
Birdal Dolan	
Dr. Julia Oidtmann	ab TOP 30
Hilde Scheidt	
Dirk Szagunn	
Tim Pilz	
Uschi Brammertz	
Mahnaz Syrus	Vertretung für: Anne Eickholt-Schippers
Frank Hansen	
Caline Strack	
Nadine van der Meulen	
Dr. Thilo Esser	Vertretung für: Dirk Zirbes
Jutta Hennig	

##### Schriftführung

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Michelle Schmidt	

#### **Abwesend**

##### Gremienmitglieder

<b>Name</b>	<b>Bemerkung</b>
Anne Eickholt-Schippers	entschuldigt
Michael Wedepohl	unentschuldigt
Dirk Zirbes	entschuldigt
Dr. Catharina Jacobskötter	unentschuldigt
Heike Keßler-Wiertz	unentschuldigt
Baran Yenen	unentschuldigt

Gäste:

Herr Schweden, AG Behindertenhilfe (gem. § 58 Abs. 3 GO NRW hinzugezogener Bürger)

## Tagesordnung

### Öffentlicher Teil

<b>TOP</b>	<b>Betreff</b>	<b>Vorlage</b>
1	Eröffnung der Sitzung	FB 56/0586/WP18
2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.01.2025 - öffentlicher Teil	
3	Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2025 - Sachstandbericht: Umsetzung des Integrierten Konzepts für Attraktivität und Sicherheit	Dez VI/0012/WP18
4	Zwischenbericht: SolAixQ - Solar lernen im Aachener Quartier	FB 02/0428/WP18
5	Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke vom 11.03.2025 - Situation obdachloser Frauen in Aachen	FB 56/0603/WP18
6	Unterstützung der Integrativen Jugendcamps des Fördervereins „Integration durch Sport“ aus Mitteln der ehemaligen Rummeny-Stiftung	FB 56/0597/WP18
7	Einführung der Bezahlkarte für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz	FB 56/0596/WP18
8	Stiftung Armenfonds – Verwendung von Stiftungsmitteln hier: Förderung der Bahnhofsmision im Jahr 2025	FB 20/0341/WP18
9	Stiftung Elisabethspitalfonds – Verwendung von Stiftungsmitteln hier: Förderung der Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in erzwungener Sexarbeit im Stadtgebiet Aachen „LIANE“	FB 20/0343/WP18
10	Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteifonds – hier: Projekt Multikultifest	FB 56/0601/WP18
11	Projekt “Urbanes Wohnen mit Kindern”- Ergebnisbericht:	FB 56/0598/WP18
12	Aktuelle Situation a) bei den Leistungsempfänger*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger*innen nach dem AsylbLG b) in den Übergangswohneinrichtungen c) bezüglich der Herkunft der geflüchteten Menschen/Nationenstatistik	FB 56/0588/WP18
13	Mitteilungen der Verwaltung	



## **Protokoll Öffentlicher Teil**

### **Zu 1 Eröffnung der Sitzung ungeändert beschlossen FB 56/0586/WP18**

Der Vorsitzende, Herr Deumens, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Gäste und die anwesenden Vertreter\*innen der Verwaltung. Danach stellt Herr Deumens, die ordnungs- und fristgemäße Versendung der Einladung und des Nachtrags fest.

Anschließend ruft der Vorsitzende den Punkt „Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe - Herrn Arnold Schweden - gem. § 58 Abs. 3 Satz 6 Gemeindeordnung NRW“ auf. Hierzu erklärt Herr Deumens, dass sich anhand der Tagesordnung seiner Meinung nach die Erforderlichkeit der Hinzuziehung von Herrn Schweden als Vertreter der AG Behindertenhilfe ergebe. Der Ausschuss teilt die Einschätzung des Vorsitzenden und beschließt einstimmig die Hinzuziehung von Herrn Schweden.

Danach weist Herr Deumens auf die Tischvorlage zu TOP 5Ö „Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke vom 11.03.2025 – Situation obdachloser Frauen in Aachen“ hin.

Es liegen keine Änderungswünsche zur Tagesordnung vor.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt unter Berücksichtigung der Tagesordnung zur heutigen Sitzung die Hinzuziehung einer Vertretung der Arbeitsgemeinschaft Behindertenhilfe zum öffentlichen Teil der heutigen Sitzung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

### **Zu 2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 30.01.2025 - öffentlicher Teil ungeändert beschlossen**

Die Mitglieder des Ausschusses genehmigen den öffentlichen Teil der Niederschrift vom 30.01.2025 einstimmig bei einer Enthaltung aufgrund von Nichtanwesenheit in der Sitzung.

#### **Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie genehmigt die Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration und Demographie vom 30.01.2025 – öffentlicher Teil.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig, 1 Enthaltung

### **Zu 3 Tagesordnungsantrag der CDU-Fraktion vom 20.02.2025 - Sachstandsbericht: Umsetzung des Integrierten Konzepts für Attraktivität und Sicherheit zur Kenntnis genommen Dez VI/0012/WP18**

Herr Tillmanns bedankt sich für den Sachstandsbericht zur Umsetzung des Integrierten Konzepts für Attraktivität und Sicherheit (IKAS). Er begrüßt, dass erste Fortschritte erkennbar seien. Er bittet um weitere Berichterstattung durch die Verwaltung in regelmäßigen Abständen.

Herr Hissel gibt einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen zur Umsetzung des IKAS. Im letzten Jahr habe die Politik ein Konzept beschlossen, welches auf einer integrierten Perspektive basiere. Dieser integrierte Innenstadtansatz baue auf einem sog. Kleeblattsystem auf, bestehend aus ordnungspolitischen Maßnahmen, sozialpolitische Maßnahmen, Kommunikation und Sensibilisierung sowie auf Maßnahmen im öffentlichen Raum. Dabei sei eine gute Öffentlichkeitsarbeit stets von besonderer Bedeutung. Insgesamt sei das Konzept komplex, sodass nicht alles gleich schnell umgesetzt werden könne. Gut sei, dass es eine breite politische Rückendeckung gebe. Im Zuge der ersten Umsetzungsmaßnahmen sei die Änderung der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf den Straßen und in den Anlagen in der Stadt Aachen (Aachener Straßenverordnung) beschlossen worden (FB 32/0061/WP18). Aufgrund der Wintermonate seien die Maßnahmen jedoch nur eingeschränkt sichtbar gewesen.

Herr Hissel sichert überdies zu, dass im Ausschuss in regelmäßigen Abständen von circa sechs Monaten zur Umsetzung des IKAS berichtet werden solle. Teilweise werde es sich dabei allerdings auch um „unfertige“ Berichte zu gerade laufenden Umsetzungen handeln können. Der nächste Sachstandsbericht werde ca. Oktober 2025 erfolgen. Herr Hissel bittet um Verständnis dafür, dass einige der in dem Konzept beschriebenen Maßnahmen schneller umgesetzt werden könnten, andere wiederum in der Umsetzung länger benötigen würden. Erfreulich sei, dass die Besetzung der beiden Stellen „Straßensozialarbeit“ nun so frühzeitig auf den Weg gebracht werden konnten. Im Anschluss daran übergibt Herr Hissel das Wort an Frau Jannika Masloh, die neue Stelleninhaberin der Koordinationsstelle Straßensozialarbeit der Stadt Aachen.

Frau Masloh teilt mit, dass sie seit dem 01.02.2025 die Koordinationsstelle Straßensozialarbeit der Stadt Aachen im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration bekleide. Zuvor habe sie das Studium der sozialen Arbeit in Mönchengladbach absolviert. Im Anschluss daran sei sie in der Abteilung „Übergangswohnen“ im Fachbereich Wohnen, Soziales und Integration als Sozialarbeiterin tätig gewesen.

In Bezug auf ihre künftigen Aufgaben erläutert Frau Masloh, dass die Straßensozialarbeit sehr niedrigschwellig anzusetzen sei. Neben der Ausarbeitung der konzeptionellen Ausgestaltung sollen überdies Gespräche mit diversen Netzwerkpartnern stattfinden, z.B. mit dem Arbeitskreis Niedrigschwelligkeit, Trägern wie Café Plattform oder dem SkF sowie auch mit Vertreter\*innen des Jobcenters und vielen mehr. Hierdurch solle ein großes Netzwerk geschaffen werden. Sie freue sich auf die gemeinsame Arbeit.

Herr Deumens dankt Frau Masloh für die kurze Vorstellung und heißt sie herzlich Willkommen.

Frau Braun bedankt sich ebenfalls für die persönliche Vorstellung von Frau Masloh. Das IKAS befinde sich derzeit noch ganz am Anfang, weshalb sie hoffe, dass insbesondere der Evaluation eine wichtige Rolle zufallen werde. Überdies regt Frau Braun an, die Einschätzung der Menschen vor Ort in die Konzeptentwicklung einfließen zu lassen. Das Konzept „atme“ und sei nicht starr. Hinsichtlich eines Drogenkonsumraums seien sicherlich auch die dazu notwendigen Finanzen ein Thema. Frau Braun schlägt vor, sich Konzepte von Drogenkonsumräumen anderer Kommunen sowie deren Finanzierbarkeit genauer anzusehen. Sie freue sich darüber, dass man nun gemeinsam überlege, wie die Situation in Aachen verbessert werden könne.

Herr Hansen bezieht sich weitergehend auf die Besetzung der Planstellen im Fachbereich Sicherheit und Ordnung. Dort seien rund 20 Planstellen derzeit unbesetzt. Dieser Bereich sei bereits seit Jahren personell unterbesetzt. Herr Hansen erkundigt sich in diesem Zusammenhang nach Maßnahmen zur Personalakquise sowie zur Personalbindung. Ferner regt er regelmäßige Kommunikationstrainings für die Mitarbeitenden des Ordnungs- und Sicherheitsdienstes an, da diese in häufigem Kontakt mit den betroffenen Menschen vor Ort stünden.

Frau van der Meulen bedankt sich ebenfalls für den Sachstandsbericht. Sie zeigt sich erfreut darüber, dass derzeit ergebnisoffen über die Einrichtung eines Drogenkonsumraums nachgedacht würde. Das Konzept lebe und „atme“. Ferner berichtet Frau van der Meulen von sehr langen Wartezeiten bis zu vier Jahren auf einen Platz in der Diagnostik. Da sich die betroffenen Personen jedoch in schweren Situationen befinden würden, seien diese stark auf schnelle und akute Hilfe angewiesen. Diese Tatsache solle ihrer Meinung nach im Rahmen der Umsetzung des IKAS Berücksichtigung finden. Außerdem regt Frau van der Meulen an, eine stärkere Einbindung des Landschaftsverbands Rheinland (LVR), insbesondere im Hinblick auf mögliche finanzielle Unterstützungsleistungen, zu bedenken.

Frau Koentges zeigt sich ebenfalls erfreut über den guten Auftakt des Projekts. Es habe sich gezeigt, dass die integrierte Perspektive der richtige Ansatz sei. Das Konzept sei offen und atmend, erfordere von allen Ak-

teur\*innen ein neues Denken. Man solle neuen Maßnahmen stets offen begegnen, auch dann, wenn ähnliche Projekte möglicherweise in der Vergangenheit gescheitert seien.

Frau Bürgermeisterin Scheidt stimmt ihren Vorredner\*innen zu und erklärt, dass bereits bei der Inbetriebnahme des Konzepts kontroverse Diskussionen geführt worden seien. Man solle dabei jedoch nicht vergessen, dass schon seit circa 1990 ein gutes Hilfesystem für die betroffenen Menschen in Aachen etabliert worden sei. Sie wünsche sich, dass dieses Hilfesystem Eingang in die Umsetzung des Konzepts finde. Eine Zusammenarbeit der Streetworker\*innen und den Trägern sei ihrer Auffassung nach von besonderer Bedeutung. Sie rege an, dass die Streetworker\*innen in der Öffentlichkeit bekannt und wahrnehmbar gemacht werden sollten, sodass Menschen vor Ort den unmittelbaren persönlichen Kontakt zu diesen suchen könnten.

Anschließend bedankt sich auch Herr Szagunn für den Sachstandsbericht und die Vorstellung von Frau Masloh. Herr Szagunn erklärt, dass die Fraktion Die Zukunft das Konzept, vorwiegend aufgrund der ordnungspolitischen Maßnahmen, in Gänze abgelehnt habe; grundsätzlich würden die sozialpolitischen Maßnahmen jedoch unterstützt. Zu kritisieren seien hingegen die in der Vorlage erfolgten Ausführungen und Absichten zum Thema WLAN.

Herr Deumens bittet Herrn Hissel zu folgenden Themen nochmals Stellung zu nehmen:

- Personalsituation im Fachbereich Sicherheit und Ordnung
- Drogenkonsumraum
- Psychische Unterstützung

Herr Hissel stimmt zu, dass die Tätigkeit im Fachbereich Sicherheit und Ordnung nicht einfach sei, wodurch die Personalakquise und -bindung erschwert würde. Die durch Tariftreue und Beamtenrecht gegebenen Rahmen seien zu beachten. Frau Grehling sowie die Kolleg\*innen vom Fachbereich Personal und Organisation würden jedoch jede mögliche Maßnahme zur Verbesserung der Personalsituation ergreifen. Diese Maßnahmen hätten bereits einen Anstieg der Bewerbungszahlen bewirkt.

Bezüglich des Drogenkonsumraums weist Herr Hissel darauf hin, dass eine ergebnisoffene Prüfung vorgenommen werden würde. Es könne nicht zugesagt werden, dass das Ergebnis in drei Monaten vorliege. Es sei wichtig, dass der Fachbereich Sicherheit und Ordnung gemeinsam mit den Kolleg\*innen der Polizei die Ansammlungen am Kaiserplatz kanalisieren. Drogenkonsum finde statt. Es sei selbstverständlich nicht gewollt, dass dieser In Parkhäusern, Hauseingängen, etc. erfolge. Damit stehe zwangsläufig die Frage im Raum „Wo dann?“. Es gebe somit durchaus Gründe, über einen Drogenkonsumraum nachzudenken. Grundsätzlich gäbe es sowohl gescheiterte als auch erfolgsgekrönte Projekte von Drogenkonsumräumen in anderen Städten. Es sei daher zu schauen, wo es gut funktioniert habe und anschließend zu prüfen, ob dies auch für Aachen eine denkbare Lösung sein könnte.

Zum Thema „WLAN“ führt Herr Hissel aus, dass die Stadt dabei sei, dieses insgesamt auszubauen und ein modernes System zu schaffen. Sollten sich dann an bestimmten Stellen besondere Probleme ergeben, solle man in der Lage sein, dort gezielt WLAN zu verschatten.

Im Hinblick auf die psychischen Hilfeleistungen erklärt Herr Hissel, dass die städtischen Handlungsmöglichkeiten durch die Regelungen des Gesetzes über Hilfen und Schutzmaßnahmen bei psychischen Krankheiten (PsychKG) relativ beschränkt seien. Zudem lägen Maßnahmen der psychiatrischen Hilfeleistungen in der Zuständigkeit der StädteRegion Aachen. Es seien weitere Abstimmungsgespräche mit den zuständigen Trägern erforderlich.

Herr Frankenberger ergänzt, dass in sog. Fallkonferenzen mit der StädteRegion Aachen gezielt über diese Thematik gesprochen werde. Eine Zwangseinweisung nach dem PsychKG stelle die letzte Maßnahmen dar, die man ergreifen wolle. Die Thematik sei ebenfalls von besonderer Relevanz für die Straßensozialarbeit, weshalb das Thema auch bereit mit Frau Masloh besprochen worden sei.

Herr Szagunn ist der Meinung, dass das WLAN in Aachen nicht besonders gut ausgebaut sei, weshalb ihm Ansammlungspunkte von Drogenumschlagsplätzen aufgrund von freiem WLAN als eher unwahrscheinlich erscheinen würde. Die Thematik der punktuellen Abschaltung des WLANs im Stadtgebiet stelle im Rahmen der Umsetzung des IKAS jedoch lediglich einen Nebenschauplatz dar.

Herr Hissel berichtet, dass er im Rahmen seiner vorherigen Tätigkeit bei der Stadt Düren positive Ergebnisse mit der punktuellen Abschaltung von frei verfügbarem WLAN an öffentlichen Plätzen, z.B. am Haus der Stadt, erzielt habe. Man habe hierdurch eine Verteilung der Menschen, die sich vorher in bestimmten Bereichen vermehrt angesammelt hätten, steuern können.

Herr Tillmanns nimmt erneut Bezug auf die psychologische Unterstützung der betroffenen Personen und berichtet, dass er im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit in dieser Woche zwei wohnungslose Personen begleitet habe, die zwangsweise untergebracht werden mussten. Er kritisiert in diesem Zusammenhang, dass nach diesem Aufenthalt keine entsprechende Anschlussunterbringungsmöglichkeiten für psychisch kranke Menschen bestünden. Derzeit gebe es dafür keine Lösung, diese Situationen würden jedoch künftig zunehmen.

Frau van der Meulen schließt sich ihrem Vorredner an. Die Zahl der Menschen mit psychischer Erkrankung nehme stetig zu. Es gebe jedoch keine Aufenthaltsmöglichkeit für diese Menschen bzw. nicht ausreichend Plätze in entsprechenden Einrichtungen. Sie hoffe, dass man im Rahmen der Umsetzung des IKAS auch über diese Problematik nachdenke. Aus ihrer Sicht müssten Politik, Verwaltung und der LVR mehr Angebote adäquater Hilfen schaffen.

#### **Zu 4      Zwischenbericht: SolAixQ - Solar lernen im Aachener Quartier zur Kenntnis genommen FB 02/0428/WP18**

Herr Lorenzen, Projektleitung des Projekts „SolAixQ“ im Fachbereich Wissenschaft, Digitalstadt und Europa, gibt anhand einer kurzen Power-Point-Präsentation (Anlage 1 zu TOP 4) einen Überblick über die aktuellen Entwicklungen im Rahmen des Projekts „SolaAixQ – Solar lernen im Aachener Quartier“. Unter anderem geht er auf den Projektzeitraum, den Trägerverbund, die Projektziele und das zur Verfügung stehenden Projektbudget ein. Dabei hebt er etwaige Erfolge und Herausforderungen des Projekts hervor und skizziert die nächsten Schritte des Projekts.

Herr Deumens bedankt sich bei Herrn Lorenzen für die Präsentation.

Herr Szagunn bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Das Projekt sei seiner Meinung nach ein Statement gegen dysfunktionale Infrastruktur. Zudem erkundigt er sich, was nach dem offiziellen Projektende mit dem Projekt passieren werde.

Herr Lorenzen erklärt, dass das Förderprogramm den zeitlichen Rahmen vorschreibe und dieser nicht beeinflusst werden könne. Somit werde das Projekt am 30.06.2026 definitiv enden. Der Fachbereich Wissenschaft, Digitalstadt und Europa habe jedoch weitere Bestrebungen über das Projekt hinaus, wobei hierbei noch die Frage der Finanzierbarkeit eines Anschlussprojekts zu klären sei. Eine Fort- bzw. Weiterführung des Projekts mit einem anderen Ansatz werde geprüft.

Herr Dolan bedankt sich ebenfalls für den Vortrag. Das Querschnittsprojekt stelle eine Integration von langzeitarbeitslosen Menschen dar und wirke dabei gleichzeitig dem anstehenden Fachkräftemangel entgegen und fördere die Klimaziele. Er zeigt sich erfreut über den großen Erfolg des Projekts. Zudem erkundigt sich Herr Dolan nach der Altersstruktur der Teilnehmenden.

Herr Lorenzen erklärt, dass das Projekt grundsätzlich für alle Menschen zugänglich sei. Man könne jedoch einen deutlichen Männerüberhang verzeichnen. Dennoch gebe es auch Teilnehmerinnen. Die Altersstruktur erstrecke sich dabei von Mitte 20-Jährigen bis Mitte 50-Jährigen.

Frau Strack bedankt sich ebenfalls für die Präsentation. Sie regt an, keine sogenannten „Swing-Cards“ in Bussen zu Werbezwecken für das Projekt einzusetzen. Diese „Swing-Cards“ an Haltegriffen stellen aus ihrer Sicht eine

Gefahr für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen dar. Besser geeignet sei der Einsatz von Plakaten und Flyern.

Anlage 1            Anlage 1 TOP4ö - PPP Zwischenbericht Solar lernen im Aachener Quartier

**Zu 5            Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke vom 11.03.2025 - Situation obdachloser Frauen in Aachen  
zur Kenntnis genommen  
FB 56/0603/WP18**

Frau van der Meulen bedankt sich für den ausführlichen Bericht zum Tagesordnungsantrag der Fraktion Die Linke. Insgesamt läge der Anteil obdachloser Frauen bei 30 %, sodass sie dafür plädiere, dass dieser Personengruppe eine spezifische Unterstützung zukommen solle.

Frau Braun bedankt sich ebenfalls für die Vorlage zu diesem wichtigen Thema. Man habe bereits in den letzten Jahren begonnen, daran zu arbeiten, die Situation obdachloser Frauen zu verbessern. Beispielsweise sei bereits in der Notschlafstelle ein abgetrennter Bereich für obdachlose Frauen eingerichtet worden. Es sei besonders wichtig, diese Thematik nochmal in das Bewusstsein aller Akteur\*innen zu holen.

Herr Tillmans bedankt sich für den „Rundumschlag“ zum Thema Obdachlosigkeit. Vieles laufe bereits gut, er stimme jedoch zu, dass hinsichtlich der Situation obdachloser Frauen noch Verbesserungspotential bestehe.

Frau Koentges stimmt Herrn Tillmanns zu und bedankt sich für den Überblick. Auch Frau Koentges weist darauf hin, dass in den letzten Jahren bereits viel in diesem Bereich erreicht worden sei.

Frau van der Meulen weist auf den Zusammenhang zwischen Wohnungslosigkeit und Prostitution zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit hin. Dies sei ebenfalls ein wichtiger Aspekt und sie danke daher den diesbezüglich tätigen Trägern.

**Zu 6            Unterstützung der Integrativen Jugendcamps des Fördervereins „Integration durch Sport“ aus Mitteln der ehemaligen Rummeny-Stiftung  
ungeändert beschlossen  
FB 56/0597/WP18**

Frau Brammertz zeigt an, bei diesem Tagesordnungspunkt gemäß § 10 der „Geschäftsordnung für den Rat und die Bezirksvertretungen der Stadt Aachen und die Ratsausschüsse“ von der Mitwirkung an der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen zu sein und verlässt den Sitzungssaal.

Frau van der Meulen macht deutlich, dass die Arbeit des Fördervereins „Integration durch Sport“ Jugendliche jeder Herkunft, mit oder ohne Beeinträchtigung zusammenführt und dort Inklusion tatsächlich gelebt werde. Sie freue sich über den Erfolg des Projekts.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Antrag auf Unterstützung der Integrativen Jugendcamps zur Kenntnis und beschließt, die darin aufgeführten Projekte für das Jahr 2025 mit einer Gesamtsumme in Höhe von 24.000 Euro aus den Liquiditätserlösen der Rummeny-Stiftung zu fördern.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 7 Einführung der Bezahlkarte für Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz  
ungeändert beschlossen  
FB 56/0596/WP18**

Zu Beginn des Tagesordnungspunktes fasst der Vorsitzende, Herr Deumens, die Historie zur Thematik der Bezahlkarte für Leistungsempfänger\*innen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zusammen. Demnach habe sich der Rat der Stadt Aachen zwar in seiner Sitzung am 09.10.2024 bereits mehrheitlich gegen die Einführung der Bezahlkarte ausgesprochen, allerdings sei dies damit vor Inkrafttreten der Verordnung erfolgt. Auf Basis der Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Asylbewerberleistungsgesetzes wurde am 07.01.2025 die Verordnung zur flächendeckenden Einführung einer Bezahlkarte im Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) vom 02.01.2025 (Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW) erlassen. Diese Verordnung beinhalte eine Opt-Out-Regelung, die es den Gemeinden ermögliche, die Einführung einer Bezahlkarte abzulehnen. Da der Ratsbeschluss vom 09.10.2024 vor Inkrafttreten der Verordnung gefasst worden sei, entspreche er nicht den formellen Anforderungen im Sinne des § 4 Bezahlkartenverordnung. Insofern sei ein erneuter Beschluss erforderlich.

Herr Tillmanns bedauert, dass diese Thematik erneut auf der Tagesordnung steht. Nach Auffassung der CDU-Fraktion bestehe die Gefahr, dass aufgrund der unterschiedlichen Entscheidungen in den Gemeinden der StädteRegion Aachen ein „Flickenteppich“ hinsichtlich der Einführung der Bezahlkarte entstände. Ein solcher Flickenteppich solle seiner Meinung nach möglichst verhindert werden. Daher befürworte die CDU-Fraktion weiterhin die Einführung der Bezahlkarte, z. B. als Instrument zur Bekämpfung von Schleuserkriminalität. Er halte die Bezahlkarte auch nicht für stigmatisierend.

Frau van der Meulen erklärt, dass die Bezahlkarte nach Auffassung ihrer Fraktion eine Einschränkung der finanziellen Freiheit der betroffenen Personen darstellen würde. In unterschiedlichen Lebenssituation sei eine Barzahlung unumgänglich. Zudem habe jeder Mensch das gesetzlich Recht auf ein Konto bei einer Bank. Eine solche Bezahlkarte führe daher zur Ausgrenzung betroffener Personen aus dem gesellschaftlichen Leben. Dies stelle das Gegenteil von Integration und Inklusion dar.

Frau Braun schließt sich ihrer Vorrednerin an. Sie kritisiert die Begründung der Befürworter\*innen der Bezahlkarte, dass hierdurch die Bekämpfung von Schleusern erfolgen könne. Hierzu gebe es keine verlässlichen Zahlen. Zudem fehle ihr die Vorstellung, dass nach Abzug der Miete sowie der weiteren Kosten, z.B. für Nahrungsmittel, noch Geld übrig bleiben würde, um dieses ins Ausland zu transferieren. Darüber hinaus solle eine Überweisung mittels Bezahlkarte nur an bestimmte IBANs möglich sein. Mit der Prüfung und Kontrolle von sog. White- und Blacklist entstände ein erheblicher Verwaltungsmehraufwand sowie eine finanzielle Mehrbelastung für die Kommunen. Zudem könne man nur miteinander eine gute solidarische Gesellschaft gründen und Integration fördern.

Frau Koentges stimmt zu, dass die Bezahlkarte ein limitierendes und diskriminierendes Mittel darstelle. Sie spreche sich daher für die Opt-Out-Regelung aus. Zudem hätten sich ihrem Kenntnisstand nach bereits viele weitere Großstädte gegen die Einführung der Bezahlkarte ausgesprochen.

Frau Bürgermeisterin Scheidt teilt mit, dass sie Mitglied im Vorstand des Städtetags NRW sei und nie zuvor gesetzliche Regelungen mehr diskutiert worden seien, wie diejenigen, zur Einführung der Bezahlkarte. Die Einführung der Software für die Bezahlkarte habe bisher bereits circa 16 Millionen Euro gekostet. Dieses Geld hätte an anderer Stelle deutlich besser für integrative Zwecke in den Kommunen investiert werden können. Zudem seien die Kommunen die Leidtragenden, die die neuen Regelungen gegenüber den betroffenen Menschen vor Ort kommunizieren müssen. Grundsätzlich sei die Thematik in Aachen mit den Sparkassengirokontos bereits heute gut gelöst. Frau Bürgermeisterin Scheidt prognostiziert, dass im Falle der Einführung der Bezahlkarte sog. Tauschringe entstehen würden, die den betroffenen Personen beim Umtausch von Einkaufsgutscheinen der Supermarktketten in Bargeld behilflich sind, wie z. B. heute schon in München.

Herr Szagunn weist darauf hin, dass die Genese des Gesetzes auf zwei Punkte abziele; auf die Reduzierung des Schleusertums sowie auf den Bürokratieabbau in Kommunen. Dennoch stelle die Bezahlkarte seiner Meinung nach das Gegenteil eines Bürokratieabbaus dar.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie empfiehlt dem Rat der Stadt Aachen, rückwirkend ab dem 07.01.2025 (Inkrafttreten) von der Opt-Out Regelung des § 4 Bezahlkartenverordnung NRW-BKV NRW **Gebrauch** zu machen und die Leistungen nach dem AsylbLG im Regelfall nicht in Form der Bezahlkarte zu erbringen.

**Abstimmungsergebnis:**

Mehrheitlich, 5 Gegenstimmen

**Zu 8        Stiftung Armenfonds – Verwendung von Stiftungsmitteln**

hier: Förderung der Bahnhofsmision im Jahr 2025

**ungeändert beschlossen**

**FB 20/0341/WP18**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt den Zuschuss in Höhe von insgesamt 21.000,- € an die Träger der Bahnhofsmision aus der Stiftung Armenfonds.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 9        Stiftung Elisabethspitalfonds – Verwendung von Stiftungsmitteln**

hier: Förderung der Verbesserung der Lebensbedingungen von Menschen in erzwungener Sexarbeit im Stadtgebiet Aachen „LIANE“

**geändert beschlossen**

**FB 20/0343/WP18**

Frau Koentges teilt mit, dass ihre Fraktion das Projekt unterstützt, sie jedoch festgestellt habe, dass im kommenden Jahr die Förderung mit Stiftungsmitteln aus dem Elisabethspitalfonds auslaufen würde. Ab dann sei keine stabile Finanzierung mehr gewährleistet. Aus diesem Grund schlage die SPD-Fraktion vor, den Beschlussvorschlag der Verwaltungsvorlage durch folgende Formulierung zu erweitern:

*„(...) und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Mittel in die Haushaltsplanung 2026 ff. aufzunehmen.“*

Herr Hansen kritisiert, dass es keine Informationen dazu geben würde, ob die Frauen, welche die Anlaufstelle aufsuchen würden, auch tatsächlich in der Sexarbeit tätig seien.

Frau van der Meulen bedankt sich für die Arbeit des Projekts und hebt die besondere Bedeutung eines solchen Schutzraumes für Frauen, die in der Sexarbeit tätig sind, hervor. Frauen in der Zwangsprostitution müssten ihrer Meinung nach noch enger begleitet werden als jetzt schon. Sie befürworte unbedingt eine Folgefinanzierung 2026 ff..

Frau Braun freut sich, dass das Projekt eine solche Vertrauensbasis am Kaiserplatz aufbauen konnte und unterstützt den Antrag der SPD.

Herr Frankenberger nimmt Bezug auf die Anfrage von Herrn Hansen. Da das Projekt auf eine niedrigschwellige Ansprache setze, wäre eine Befragung bez. der Lebensumstände der Frauen, welche die Anlaufstelle aufsuchen, zu weit gehend. Die Anlaufstelle empfangen und unterstütze jede Frau, die um Hilfe bitte.

Frau Brammertz teilt mit, dass auch sie das Projekt toll finde und sie sich wünsche, dass die CDU-Fraktion das Projekt weiter unterstütze.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt den Zuschuss in Höhe von 80.400,- € an den WABe e.V. zur Förderung des Projektes „LIANE“ im 2. Halbjahr 2025 aus der Stiftung Elisabethspitalfonds und beauftragt die Verwaltung, die notwendigen Mittel in die Haushaltsplanung 2026 ff. aufzunehmen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 10 Vergabe von Mitteln aus dem Stadtteifonds – hier: Projekt Multikultifest  
ungeändert beschlossen  
FB 56/0601/WP18**

Frau Brammertz zeigt an, bei diesem Tagesordnungspunkt gemäß § 10 der „Geschäftsordnung für den Rat und die Bezirksvertretungen der Stadt Aachen und die Ratsausschüsse“ von der Mitwirkung an der Beratung und Beschlussfassung ausgeschlossen zu sein und verlässt den Sitzungssaal.

Frau van der Meulen begrüßt den inklusiven Charakter des Festes. Sie freue sich darüber, dass dieses Fest bereits zum 25. Mal stattfinde.

**Beschluss:**

Der Ausschuss für Soziales, Integration und Demographie beschließt, das Projekt "25. Multikultifest" mit Mitteln aus dem Stadtteifonds in Höhe von 4.450 Euro zu fördern.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig

**Zu 11 Projekt "Urbanes Wohnen mit Kindern"- Ergebnisbericht:  
zur Kenntnis genommen  
FB 56/0598/WP18**

Zu Beginn des Tagesordnungspunkts erklärt Herr Deumens, dass der in der Vorlage angekündigte Referent, Herr Bodelschwing, verhindert sei. Stattdessen werde Herr Frankenberg zu dem Projekt „Urbanes Wohnen mit Kindern“ berichten.

Aufgrund technischer Schwierigkeiten im Ratssaal verzichtet Herr Frankenberg auf die Veranschaulichung seines Vortrags mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation. Die ursprünglich für die Sitzung vorbereitete Präsentation wird dennoch der Vollständigkeit halber der Niederschrift als Anlage beigefügt (Anlage 1 zu TOP 11).

Herr Frankenberg geht im Rahmen seines Vortrags unter anderem auf die konkrete Vorgehensweise zur Durchführung des Projektes, die Differenzierung verschiedener familiärer Haushaltskonstellationen sowie auf die verschiedenen Phasen der Familienentwicklung ein. Er weist überdies auf die Erhebungsergebnisse in der beigefügten Anlage zur Vorlage hin. Insbesondere in den Aachener Quartieren seien gute Freizeitangebote für Kinder schnell und einfach zu erreichen. Die größte Problematik stelle jedoch die Verfügbarkeit von Wohnraum dar.

Herr Frankenberg wirbt bei den Ausschussmitgliedern für die Teilnahme an einem Zoommeeting am 30.04.2025, in welchem die Wohnraumthematik nochmals mit Herrn Bodelschwing diskutiert werden könne. Die Einladung werde in den kommenden Tagen an die Fraktionsbüros versendet.

Herr Deumens bedankt sich für den Vortrag und hebt nochmals hervor, dass in Aachen dringend weitere Mehr-

zimmerwohnungen für Familien benötigt würden.

Frau Braun freut sich, dass die Thematik des Wohnens auch im Sozialausschuss behandelt werde, da mit dem Thema „Wohnen“ eine starke Sozialkomponente im Hinblick auf Familien einhergehe. Menschen würden immer Älter und bekämen immer später Kinder, sodass die gemeinsame Zeit der Menschen in den Familien nicht mehr so lange ist, wie es in früheren Zeiten der Fall gewesen sei. Heutzutage brauche man gute Alternativen. Sie regt an, den Fokus deutlich auf Mehrzimmerwohnungen zu legen.

Frau Bürgermeisterin Scheidt bedankt sich für den Ergebnisbericht. Sie weist darauf hin, dass man Mehrzimmerwohnungen einfach und unkompliziert in Einzimmerwohnungen, welche in der Regel mit unverhältnismäßig teuren Mietkosten belegt würden, umwandeln könne. Einhergehend damit kritisiert sie das Gebäude am Theaterplatz, welches kleine 15 qm-Einzimmerapartments an wohlhabende Student\*innen für eine monatliche Miete in Höhe von circa 1.600 Euro anbiete. Darüber hinaus seien die „neuen“ Mehrzimmerwohnungen in der Regel viel zu klein geplant und in Folge dessen nicht für Familien mit Kindern geeignet. Durch den Trend zur Einzimmerwohnung würden Kinder langfristig vor allem aus der Innenstadt verdrängt. Dies sei problematisch. Ferner weist Frau Bürgermeisterin Scheidt darauf hin, dass die enorm gestiegenen Mietpreise in der Stadt Aachen auch auf die 15 qm-Wohnungen zurückzuführen seien.

Frau van der Meulen regt an, in diesem Kontext die Definition menschenwürdigen Lebens zu bedenken. Insbesondere Investoren sollten ihrer Meinung nach noch mehr in die Verantwortung genommen werden, um bezahlbare Mehrzimmerwohnungen zu schaffen.

Frau Strack nimmt in ihrer Funktion als Vertreterin der „Kommission Barrierefreies Bauen“ Stellung. Sie zeigt sich erfreut, dass das Projekt auch Familien mit Kindern mit Behinderung in den Fokus nehme. Gerade Familien, in denen Menschen mit Behinderungen leben, benötigten noch größere Wohnungen. Dabei sei die Unterscheidung zwischen barrierearmen und barrierefreien Bauen erheblich. Nur barrierefreies Bauen biete den Familien geeigneten Wohnraum. Frau Strack kritisiert, dass die aktuelle Förderkulisse eher „barrierefrei light“ sei. Am Ende ihres Beitrags reicht Frau Strack eine schriftliche Stellungnahme der Kommission Barrierefreies Bauen ein und bittet, diese der Niederschrift als Anlage beizufügen (Anlage 2 zu TOP 11ö).

Anlage 1            Anlage 1 TOP11ö - PPP Urbanes Wohnen mit Kindern in Aachen  
Anlage 2            Anlage 2 TOP11ö - Stellungnahme Kommission Barrierefreies Bauen

## **Zu 12        Aktuelle Situation**

**a) bei den Leistungsempfänger\*innen der Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem SGB XII sowie den Leistungsempfänger\*innen nach dem AsylbLG**

**b) in den Übergangswohneinrichtungen**

**c) bezüglich der Herkunft der geflüchteten Menschen/Nationenstatistik  
zur Kenntnis genommen  
FB 56/0588/WP18**

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegen keine Wortmeldungen vor.

## **Zu 13        Mitteilungen der Verwaltung**

Herr Frankenberger nimmt Bezug auf den Beschluss zum TOP 4ö „Angebote für wohnungslose Menschen in

Aachen“ der Sitzung des AfSID vom 30.01.2025, mit dem der Ausschuss die Verwaltung damit beauftragt hat, in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Niedrigschwelligkeit Gespräche mit potenziellen Trägern zwecks der Einführung von Sonntagsöffnungszeiten für wohnungslose Menschen in Aachen zu führen und zur Finanzierung von sonntäglichen Öffnungszeiten im Haushaltsjahr 2025 sowie in den Folgejahren 2026 bis 2028, vorbehaltlich der Rechtskraft des Haushalts 2025, einen Zuschuss in Höhe von jährlich 20.000 Euro bereitgestellt habe.

Herr Frankenberger berichtet, dass zwischenzeitlich Gespräche mit dem Arbeitskreis Niedrigschwelligkeit stattgefunden hätten. Die Träger hätten den Beschluss des Ausschusses als besondere Wertschätzung empfunden. In den kommenden Wochen werden sich die Caritas und der WABe e.V. bezüglich eines Angebots für die Sonntagsöffnungen abstimmen und der Verwaltung dazu eine Rückmeldung geben. In der nächsten Sitzung könne voraussichtlich Weiteres dazu berichtet werden.

Der Vorsitzende, Herr Deumens, schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.55 Uhr.

Hans Leo Deumens  
Ausschussvorsitzender

Michelle Schmidt  
Schriftführerin

Sibylle Keupen  
Oberbürgermeisterin